



Grüß Gott liebe Freunde,

am Wochenende endete die 24. Weltklimakonferenz im polnischen Katowice. Bei der Weltklimakonferenz in Paris 2015 hatten sich fast alle Staaten der Welt verbindliche Klimaziele gegeben. Jetzt geht es darum, ein transparentes Regelbuch zu verabschieden. Gerade Entwicklungsländer gilt es langfristig besser einzubinden. In diesem Zusammenhang durfte ich auf dem Podium zur Thematik „Elektromobilität und schwere Nutzfahrzeuge – welche Rahmenbedingungen sind erforderlich“ beim Forum für Zukunftsenergien in Berlin für die CDU/CSU-Fraktion Stellung nehmen. Sowohl batterieelektrisch, mit einer Wasserstoff-Brennstoffzelle oder mit synthetischen Kraftstoffen wird diese Transformation – völlig technologieoffen – von der Politik förderlich begleitet werden.



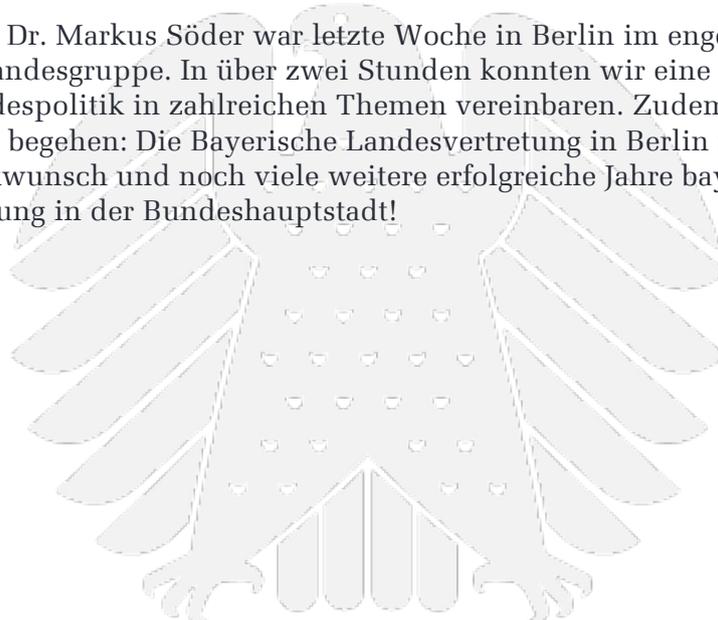
© Florian Obner MdB

Und noch eine gute Nachricht in Sachen Verkehr: Bis Weihnachten werden alle Geschwindigkeitsbeschränkungen auf der A93 wieder aufgehoben – die Fahrbahnschäden sollten dann alle beseitigt sein, falls alles witterungsbedingt optimal läuft. Wichtig ist dann aber ein komplettes Sanierungsprogramm für die nächsten Jahre. Mit der Autobahndirektion bin ich dazu bereits im Austausch. Abgesehen davon unterstützt der Bund künftig Länder und Kommunen beim qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung. 5,5 Milliarden Euro werden für die Steigerung der Qualität in den Einrichtungen und die Entlastung der Eltern bei den Gebühren auf den Weg gebracht. Auch hier zeigt die CSU im Bundestag erneut: Wir sind der politische Anwalt der Familien in unserem Land (siehe ausführlicher Bericht unten).



© Florian Obner MdB

Ministerpräsident Dr. Markus Söder war letzte Woche in Berlin im engen Gespräch mit uns in der CSU-Landesgruppe. In über zwei Stunden konnten wir eine Verzahnung von Bundes- und Landespolitik in zahlreichen Themen vereinbaren. Zudem durften wir ein Jubiläum feierlich begehen: Die Bayerische Landesvertretung in Berlin ist 20 Jahre alt geworden – Glückwunsch und noch viele weitere erfolgreiche Jahre bayerischer Interessensvertretung in der Bundeshauptstadt!



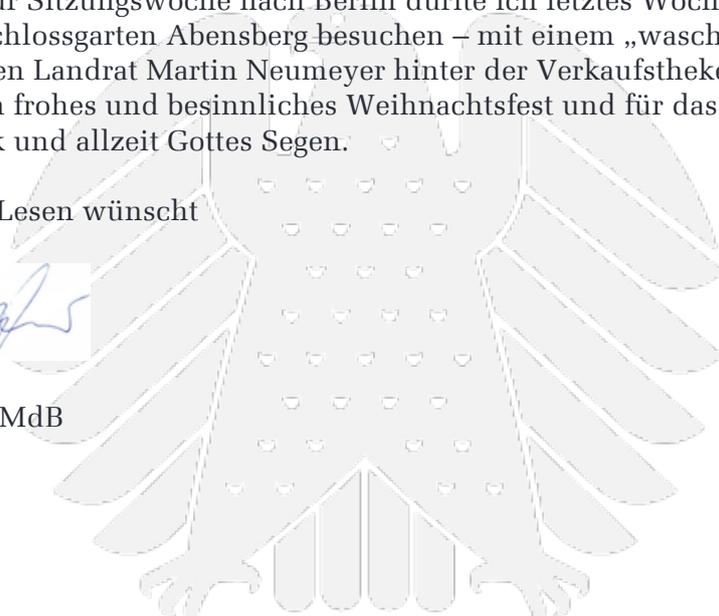


© Florian Obner MdB

Vor der Abreise zur Sitzungswoche nach Berlin durfte ich letztes Wochenende noch den Niklasmarkt im Schlossgarten Abensberg besuchen – mit einem „waschechten“ Niklas und einem fleißigen Landrat Martin Neumeyer hinter der Verkaufstheke - Ihnen und Ihren Familien ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und für das Jahr 2019 viel Gesundheit, Glück und allzeit Gottes Segen.

Viel Freude beim Lesen wünscht

Ihr Florian Obner MdB





Interview Münchner Merkur

Dobrindt: „Ich habe ein exzellentes Verhältnis zu Annegret Kramp-Karrenbauer“

Der Vorsitzende der CSU im Bundestag, Alexander Dobrindt, will der neuen CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer die Hand reichen. Das sagt er dem Münchner Merkur im Interview.

AKK ist gewählt. Frust oder Freude bei Ihnen?

Ich habe ein exzellentes Verhältnis zu Annegret Kramp-Karrenbauer, wir kennen uns seit vielen Jahren. Sie betont die drei großen Wurzeln der Unionsparteien – christlich-sozial, liberal und vor allem auch bürgerlich-konservativ – gleichermaßen. Ich denke, sie weiß auch, dass es aktuell die konservative Wurzel ist, die Stärkung braucht.

Nanu – war sie jetzt doch Ihre persönliche Lieblingskandidatin?

Ich habe persönlich eine enge politische Verbundenheit mit Jens Spahn. Ich werde aber auch im Nachhinein keine Wahlempfehlung abgeben. Wir als CSU wollen aus der CDU ja auch keine Ratschläge für unsere Parteitage bekommen.

Ist der Merkel-Malus jetzt weg, Herr Dobrindt? Was bedeutet die Wahl für das schwierige Verhältnis von CDU und CSU?

Wir sitzen nebeneinander in der politischen Achterbahn. Da gibt es Auf's und Abs. Alle Turbulenzen haben ihre Zeit. Wir wissen aber auch, dass wir am erfolgreichsten sind, wenn wir gemeinsam voranschreiten. Daran sollten wir anknüpfen und nicht zu viel rückwärtsblicken.

Viele CSU-Wähler sind von der Fahne gegangen, weil sie Merkel nicht mehr wollten. Ist dieser Malus jetzt weg?

Es geht darum, Wähler rechts und links von uns zurückzugewinnen. Die Union ist in eine Sandwich-Position geraten zwischen AfD und Grünen. Wir müssen bereit sein, die politischen Räume ab sofort wieder stärker zu nutzen, die wir in der Vergangenheit offengelassen haben. Die Union darf sich nicht verengen und muss unser ganzes politisches Spektrum von der Mitte bis zur demokratischen Rechten ansprechen.



Kramp-Karrenbauer hat sehr spannende Sätze in der Migrationsdebatte gesagt. Heißt das: Sie werden künftig wieder zugespitzter formulieren als in den letzten Wochen?

Zuerst ist festzuhalten, dass die gerne verbreitete These, die Migration wäre kein Thema in der Öffentlichkeit, wenn die CSU nicht ständig darüber reden würde, widerlegt ist. Und ja, ich will die Wähler der AfD unter unser bürgerliches Dach zurückholen und ich will es den Grünen schwerer machen, bei den bürgerlichen Wählern zu wildern.

Verlangen Sie von Kramp-Karrenbauer, Ihr Versprechen zügig umzusetzen, Migration zur Chefsache zu machen?

Annegret Kramp-Karrenbauer hat bereits in den letzten Wochen sehr spannende Sätze in der Migrationsdebatte gesagt, die ich aus der CDU-Spitze so noch nicht gehört hatte. Zum Beispiel die Forderung nach einem lebenslangen Einreiseverbot im gesamten Schengenraum für gewalttätige Migranten.

UN-Klimakonferenz

Weisgerber: „Klimaschutz ist eine globale Aufgabe“



© picture alliance / Monika Skolimowska / dpa-Zentralbild



Am Wochenende endet die 24. Weltklimakonferenz im polnischen Katowice. Bei der Weltklimakonferenz in Paris 2015 hatten sich fast alle Staaten der Welt verbindliche Klimaziele gegeben. Jetzt geht es darum, ein Regelbuch zu verabschieden.

In Katowice gilt es Klimageschichte zu schreiben

In Polen hat in dieser Woche die Weltklimakonferenz stattgefunden, um ein internationales Regelwerk zu erarbeiten, mit dem internationale Klimaziele vergleichbar, transparent und kontrollierbar werden. Nur dadurch kann gewährleistet werden, dass alle Vertragsstaaten ihre zugesagten Klimaschutzbeiträge auch erfüllen und die Wettbewerbsbedingungen sich angleichen. Der Erfolg des Klimaabkommens hängt davon ab, ob es gelingt, durch diese Kontrolle gegenseitiges Vertrauen für die Einhaltung der Ziele herzustellen. In Paris wurde mit der Verabschiedung des Abkommens Klimageschichte geschrieben. Diese Erfolgsgeschichte galt es in Katowice fortzuschreiben. Nach Katowice ist auch eine Delegation des Bundestages gereist, darunter Anja Weisgerber (CSU), die Beauftragte der CDU/CSU-Fraktion für Klimaschutz. Für die Abgeordneten stehen Gespräche mit Parlamentariern und Regierungsvertretern aus anderen Staaten im Fokus, um sich über die Klimaschutzpolitik, Herausforderungen und Chancen in den verschiedenen Ländern auszutauschen.

Ökologie, Ökonomie und Soziales in Einklang bringen

Der Beschluss Deutschlands, als Industrieland aus der Kernenergie auszusteigen und gleichzeitig die Kohleverstromung schrittweise bis hin zu einem Ausstiegsdatum zu reduzieren sowie den Anteil der erneuerbaren Energien deutlich zu erhöhen, ist historisch. Das Interesse der anderen Staaten an der deutschen Klimapolitik ist deshalb auch in diesem Jahr sehr hoch. Wir haben die erneuerbaren Energien stark ausgebaut – der Anteil beträgt 38 Prozent des Stromverbrauchs. Im nächsten Jahr wird die Regierungskoalition ein Klimaschutzgesetz verabschieden, das sicherstellt, dass Deutschland sein Klimaziel 2030 erreicht. Hierfür werden neben dem Energiesektor auch alle anderen Bereiche – Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft – einen Beitrag leisten und wir werden die entsprechenden Maßnahmen auf den Weg bringen. Deutschland wird den Weg der Treibhausgasreduktion konsequent weitergehen, dabei gilt es aber Ökologie, Ökonomie, Soziales in Einklang zu bringen und die Akzeptanz der Bevölkerung für die Klimapolitik zu behalten. Die CSU im Bundestag leistet hierzu einen maßgeblichen Beitrag.

Weißgerber: „Wir müssen Vorreiter sein“

Auch auf dem internationalen Parkett der Weltklimakonferenz leistet die CSU im Bundestag ihren Beitrag. „Wir müssen Vorreiter sein, aber alleine können wir das Klima nicht retten. Dazu brauchen wir auch die anderen Staaten der Welt“, so Anja Weisgerber. Deshalb dürfe die Klimapolitik nicht nur durch die nationale Brille betrachtet werden. Entscheidend ist, dass die ärmsten und schwächsten Länder dabei unterstützt werden,



ihre Wirtschaft von Anfang an klimafreundlich aufzubauen, denn nur so können die weltweiten Klimaziele erreicht werden. Bundesentwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) hat daher zum Auftakt der Konferenz angekündigt, dass Deutschland die Finanzmittel für Entwicklungs- und Schwellenländer verdoppeln wird. In Afrika sind derzeit noch rund 600 Millionen Menschen ohne festen Stromanschluss. Werden diese Menschen an die Energieversorgung angeschlossen und kommt diese Energie dann nicht von regenerativen Quellen, steigen die CO₂-Emissionen stark an und die Erderwärmung kann nicht gestoppt werden. Der Minister investiert daher zielgerichtet in Projekte zum Schutz des Klimas und zur Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungs- und Schwellenländer. Bis 2020 soll die deutsche Klimafinanzierung aus Haushaltsmitteln auf vier Milliarden Euro jährlich ansteigen. Das ist gut investiertes Geld, denn es trägt dazu bei, klimabedingte Fluchtursachen zu bekämpfen.

Gute-Kita-Gesetz

Ein großes Paket für Familien



© picture alliance / MITO Images

Der Bund unterstützt Länder und Kommunen beim qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung. 5,5 Milliarden Euro werden für die Steigerung der Qualität in den Einrichtungen und die Entlastung der Eltern bei den Gebühren auf den Weg gebracht.



Ein großes Paket für Familien

In dieser Woche wurde im Bundestag der Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbetreuung, das sogenannte Gute-Kita-Gesetz beschlossen. „Das Ergebnis sind 5,5 Milliarden Euro für eine Verbesserung der Qualität und Beitragsfreiheit im Bereich der Kinderbetreuung und Kindertagespflege“, sagte Silke Launert (CSU). In den nächsten vier Jahren werde diese Summe an Länder und Kommunen gezahlt. Das habe es so vorher noch nie gegeben. Für die Verteilung der Mittel seien dann aber – wie es der Föderalismus vorschreibe – die Länder zuständig.

„Mit dem Gesetz werden viele Erwartungen geweckt“, so Silke Launert. Ursprünglich wollte der Koalitionspartner, die SPD, die Länder mit 3,5 Milliarden Euro unterstützen, um eine Beitragsfreiheit für die Kinderbetreuung der unter 6-Jährigen. „Die Union hat gesagt, wir wollen aber auch Qualität“, betonte Launert. Und so hätten sich beide Komponenten im Koalitionsvertrag wiedergefunden, mit entsprechend mehr Geld, also mit 5,5 Milliarden Euro.

Mit diesem Geld könne nun auch eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels gerade für die Ein- bis Zweijährigen erreicht werden, aber auch die individuelle Beschäftigung mit jedem einzelnen Kind müsse von Interesse sein.

Länder verteilen Mittel eigenständig

Der Bund stellt die Mittel bis 2022 zur Verfügung, 2019 sind es zunächst 500 Millionen Euro. Das Gesetz beinhaltet unter anderem die Gewährleistung eines bedarfsgerechten Angebots, einen guten Erzieher-Kind-Schlüssel und die kindgerechte Ernährung. Mit dem Gesetz sollen Eltern auch bei den Gebühren durch eine bundesweit verpflichtende Staffelung der Kita-Beiträge nach sozialen Kriterien entlastet werden. Die Länder können selbst entscheiden, wie sie die Gelder verwenden und welchen Schwerpunkt sie setzen.

Für das Gute-Kita-Gesetz ist anders als beim Digitalpakt für Schulen keine Grundgesetzänderung erforderlich. Die Länder bekommen die 5,5 Milliarden Euro über einen höheren Anteil an den Umsatzsteuereinnahmen. Damit das Geld aber tatsächlich in die Kinderbetreuung fließt und nicht zweckentfremdet wird, wurde mit allen 16 Ländern eine Zielvereinbarung ausgehandelt.

Impressum

Herausgeber: Florian Ossner MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 / 227 71 999

E-Mail: florian.ossner@bundestag.de

Fax: 030 / 227 76 999